

Bildung/Zum Bericht »Sparpläne provozieren Protestwelle«, GEA vom 11. 5.

per E-Mail

»Der Druck auf unsere Kinder wird abermals erhöht«

Die Landesregierung Baden-Württembergs strebt über einfache Verwaltungsvorschriften und somit unter Vermeidung demokratischer Wege, die den Einbezug der Schulleitungen, Lehrer, Schüler und Elternbeiräte in eine öffentliche Diskussion, gemeinschaftliche Entscheidungsprozesse und Lösungsfindungen vorsehen würden, nachhaltige gravierende Veränderungen im Bildungssystem an. Man ist entschlossen, Kürzungen über die »Hintertüre« durchzusetzen.

Trotz der komplexen Zusammenhänge und der undurchsichtigen Vorgehensweise formiert sich wachsender Widerstand seitens der »Leidtragenden«. Die Schulleitungen, Lehrer sowie die Elternbeiräte an Baden-Württembergs Schulen und natürlich auch wir, der Elternbeiratsvorstand des Johannes-Kepler-Gymnasiums Reutlingen, haben wiederholt unsere große Sorge gegenüber den Vorhaben der Landesregierung schriftlich an die verantwortlichen Stellen adressiert. Leider wird dieser nur mit pauschalen Antworten und ohne jegliche Verhandlungsbereitschaft entgegnet. Wir sind überzeugt, dass es deshalb einer noch größeren Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und stärkerer Anteilnahme durch die Eltern bedarf, um die Landesregierung zu einer demokratischen Diskussion zu bewegen. Deshalb bitten wir die Öffentlichkeit, allen voran Sie, liebe

Eltern, sich zu informieren, mit den Konsequenzen auseinanderzusetzen und sich entsprechend Ihrer Einschätzung zur Gesamtlage zu positionieren.

Die wesentlichen Auswirkungen der vorgesehenen Kürzungen bei der Anzahl der Lehrerstunden für Sonderaufgaben stellen sich an unserer Schule wie folgt dar:

Die Errungenschaft der qualifizierten Hausaufgabenbetreuung, Förderung und Unterstützung von Kindern, die eine solche im Elternhaus nicht idealerweise vorfinden, soll zurückgenommen werden. Verabreichte man den Kindern vor einigen Jahren einen verkürzten Gymnasialweg (G8) noch mit dem Kompromiss, möglichen Schäden vorzubeugen und eben diese Hausaufgabenbetreuung durch Lehrer ins Leben zu rufen, werden die dafür vorgesehenen Stunden nun wieder zurückgeführt. Der Druck auf unsere Kinder wird abermals erhöht und damit das Gesicht unserer zukünftigen Gesellschaft noch weiter auf die Maxime Wirtschaftlichkeit ausgerichtet. Der Aspekt der Bildungsgerechtigkeit wird durch diese Sparmaßnahmen aus den Augen verloren. Weiter wird es Einsparungen bei der Betreuung des Schulnetzwerkes, bei der Ausbildung und Betreuung der Schülermentoren und Schulsanitäter sowie der Schulentwicklungsplanung und -koordination geben. Auch Projekte zur Suchtprävention und die Ar-

beit der Streitschlichter werden radikal eingeschränkt. An unserer Schule liegt die Kürzung der dafür vorgesehenen Lehrerstunden bei einem stolzen Drittel.

Das Schulleben wird folglich »zielgenau« an jenen Stellen beschnitten, die das Zusammenleben in der Schulgemeinschaft neben dem Bildungsaspekt ausmachen. Die Bereiche, die die persönliche Entwicklung unserer Kinder unterstützen, erhalten in dem von der Landesregierung vorgeschlagenen Konzept kaum mehr Berücksichtigung. Unsere Kinder werden weiter verantwortungslos dem Druck des rücksichtslosen Leistungswettbewerbs ausgesetzt.

Wir wünschen uns klare Konzepte für eine qualifizierte Bildung an unserer Schule und eine Beteiligung der maßgeblichen Pfeiler unserer Schuldemokratie (Schulleitung, Lehrer, Eltern und Schüler). Wir fordern unsere Landesregierung dazu auf, dem Beschluss der Einigungsstelle zu folgen und von den beabsichtigten Maßnahmen, zum Wohle unserer Kinder und für mehr soziale Gerechtigkeit in unserem Land, abzusehen.

Der Elternbeiratsvorstand des Johannes-Kepler-Gymnasiums Reutlingen: Tanja Brockhaus, Suzana Brunner, Holger Elsner, Gabi Karus-Gaibler, Thomas Kuchelmeister, Ulrike Raestrup, Wolfgang Schmid, Mihel Seitz, Susanne Sinn-Bisinger, Thomas Stegmüller, Irene Winterhalter